

Interview
27. Juni 2022

Martin Schirdewan, Co-Vorsitzender der Linken, im Gespräch mit Thielko Grieß

Thielko Grieß: Wir haben es gehört: Die Linke brauchte ein neues Führungsduo und nun ist es gewählt. Janine Wissler ist wiedergewählt als Co-Vorsitzende der Partei und neu ist die zweite Hälfte dieses Duos, Martin Schirdewan, Berliner. Er sitzt für Die Linke im Europaparlament, führt auch dort gemeinsam mit einer Französin die Fraktion im Europaparlament und ist jetzt bei uns am Telefon. Guten Morgen, Martin Schirdewan.

Martin Schirdewan: Guten Morgen, Herr Grieß.

Grieß: Steht Ihre Partei jetzt nicht mehr am Abgrund?

Schirdewan: Der Parteitag hat mit klarer Mehrheit eindeutige inhaltliche Positionsbestimmungen vorgenommen und auch Personalentscheidungen getroffen. Wir haben intensiv miteinander diskutiert. Wir haben klargemacht, wofür wir in der Außen- und Sicherheitspolitik stehen, eine klare Ablehnung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands, klare Solidarität mit der Ukraine. Wir haben deutlichgemacht, dass wir die soziale und die ökologische Frage miteinander versöhnen wollen. Das ist unsere Aufgabe in der Gesellschaft. Von daher bin ich sehr positiv gestimmt, dass wir mit einem guten Aufbruchssignal aus diesem Parteitag herauskommen.

Grieß: Um die Position zum Ukraine-Krieg, zum Krieg, den Russland führt gegen die Ukraine, ist ja lange gerungen worden auf dem Parteitag, und wer sich da aussprach für eine klare Verurteilung, der wurde auch im Saal ausgebuht, und das Abstimmungsergebnis ist dann ja auch zumindest kein ganz, ganz deutliches. Was muss Wladimir Putin eigentlich noch alles tun, damit in Ihrer Partei wirklich 100 Prozent begreifen, dass er kein sozialistischer Friedensfürst ist?

Schirdewan: Es haben alle begriffen, dass Wladimir Putin kein sozialistischer Friedensfürst ist, und das ist auch in den unterschiedlichen, dort auf dem Parteitag diskutierten Anträgen deutlich geworden. In allen Anträgen war klar formuliert, dass dieser Krieg abzulehnen ist und dass es da überhaupt kein Wenn und Aber gibt an dieser Stelle. Es ist auch in allen Anträgen formuliert worden, dass wir uns solidarisch mit der Ukraine zeigen und auch mit vor allem der leidenden Zivilbevölkerung. Das ist doch selbstverständlich.

Grieß: Aber es ist unheimlich viel Zeit auch dafür verwendet worden, die Schuld bei der NATO zu suchen, bei den westlichen Staaten, bei den Vereinigten Staaten.

Schirdewan: Kontrovers diskutiert worden ist tatsächlich die Folge der Sanktionen. Da wird ja auch in der deutschen Gesellschaft sehr kontrovers diskutiert, welche Folgen zum Beispiel ein Ölembargo hätte oder ein Gasembargo. Da sind wir ja nicht die einzigen und ich finde das richtig, dass der Parteitag sich die Zeit nimmt, darüber nachzudenken. Wir fordern Sanktionen, die sich gegen Putin und seinen Machtapparat richten, um die Machtbasis zu erschüttern. Wir fordern Sanktionen gegen den sogenannten militärisch-industriellen Komplex, um die Angriffsfähigkeit der russischen Armee zu behindern, und das ist alles richtig.

Grieß: Die gibt es doch, Herr Schirdewan. Es gibt eine ganze Reihe von Exportverboten an Russland, für Hightech-Güter zum Beispiel. Und wenn Sie sagen, Putin und der Elitenzirkel

soll unter Druck gesetzt werden, dann geht man an das Geld, das dieser Zirkel verdient, und das tut er mit dem Verkauf von Russlands Rohstoffen, Öl und Gas.

Schirdewan: Genau, und das fordern wir an dieser Stelle auch und das unterstützen wir auch. Aber natürlich wird in Deutschland kontrovers diskutiert, welche Folgen zum Beispiel ein Ölembargo oder ein Gasembargo hätte. Uns ist wichtig, an dieser Stelle deutlichzumachen, dass wir dafür sind, wenn es dazu kommt – und das ist richtig -, aus der fossilen Abhängigkeit von Russland wegzukommen, dann muss es Perspektiven auch für die betroffenen Regionen zum Beispiel in Schwedt und Leuna geben. Dann braucht es Jobgarantien für die Leute. Das sind Tausende Arbeitsplätze, die davon betroffen sind, und wir müssen massiv in die Energiewende investieren und zum Beispiel nicht in Sondervermögen für die Aufrüstung der Bundeswehr an dieser Stelle. Da hat der Parteitag klar Positionen bezogen und das ist gut und das ist richtig und darüber freue ich mich sehr.

Grieß: Die Linke lehnt weiterhin Lieferungen von Waffen in die Ukraine ab. Also schließe ich daraus, Die Linke ist nach wie vor der Auffassung, die Ukraine möge sich mit bloßen Händen gegen diesen Aggressor wehren?

Schirdewan: Nein, natürlich nicht. Wir unterstützen jede diplomatische Bemühung, jede diplomatische Initiative seitens zum Beispiel der Vereinten Nationen, seitens der italienischen Regierung sind bestimmte Vorschläge gemacht worden. Wir sind der Überzeugung, dass immer mehr Waffen dazu führen, dass dieser Krieg nicht beendet wird, sondern weiter eskaliert. Jede Waffenlieferung birgt die Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges und auch die Gefahr, dass andere Länder in diesen Krieg hineingezogen werden, und man muss jeden Schritt, den man jetzt unternimmt, sehr sorgsam abwägen an dieser Stelle. Die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, um diesen Krieg zu beenden, sind vor allem diplomatische, politische Mittel und ökonomische Mittel, und die müssen angewendet werden.

Grieß: Sie haben sich nicht beeindrucken lassen von ukrainischen Stimmen, die ja auch zu hören waren auf Ihrem Parteitag, die ganz klar sagen, Russland will nicht verhandeln, wir müssen jetzt überleben, und dazu helfen uns nur Waffen?

Schirdewan: Ich bin sehr froh, dass wir auf dem Parteitag auch ukrainische Stimmen und auch russische Stimmen von Leuten, die in Russland derzeit gegen den Krieg demonstrieren, den Raum gegeben haben, mit uns zu reden und ihre Perspektiven deutlichzumachen, weil das wichtig ist für eine Positionsbestimmung einer Partei, meiner Partei an dieser Stelle. Von daher herzlichen Dank auch an die Leute, die den Mut aufgebracht haben, dort zu uns zu reden. Das hat natürlich auch Einfluss auf die Debatten gehabt, die wir geführt haben, und wir diskutieren ja dort auch durchaus intensiv und kontrovers, machen uns das auch nicht einfach, Positionsbestimmungen vorzunehmen. Wir prüfen unsere Positionen an der Realität und das machen wir auch in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Grieß: Herr Schirdewan, Sie sind mit ungefähr 61 Prozent gewählt worden und der Parteitag war noch gar nicht so richtig vorbei, da meldete sich Sahra Wagenknecht aus der Entfernung. Sie war ja nicht in Erfurt, weil sie krank war. Sie hat unter anderem gesagt, wie eine Partei mit dieser Aufstellung – und gemeint waren auch Sie, Herr Schirdewan – wieder nach oben kommen will, das ist mir ein Rätsel. Haben Sie eine Rätsellösung für Frau Wagenknecht?

Schirdewan: Erst mal wünsche ich Ihr gute und schnelle Genesung. Der Parteitag hat mit klarer Mehrheit eine eindeutige Personalentscheidung getroffen. 61 Prozent, ich hatte mehrere Gegenkandidaten, das ist ein starkes Signal des Vertrauens, das die Delegierten mir da ausgesprochen haben. Der Parteitag repräsentiert die Basis der Partei. Von daher, denke ich, ist das gut, wenn solche Entscheidungen von allen auch respektiert werden und

wir jetzt gemeinsam miteinander dieses Aufbruchssignal, das der Parteitag sendet, auch umsetzen in gute Politik.

Grieß: Es wird ja ganz offensichtlich von Sahra Wagenknecht nicht respektiert.

Schirdewan: Ich finde, wir müssen uns alle am eigenen Maßstab messen, und wenn wir sagen, dass wir Positionen gemeinsam nach außen vertreten - ich habe niemand gehört, der das nicht gesagt hätte in der jüngeren Vergangenheit -, dann sollten wir das jetzt auch tun.

Grieß: Wäre es okay, wenn Sarah Wagenknecht die Partei verlässt?

Schirdewan: Sahra Wagenknecht ist ein wichtiges Mitglied der Partei. Sie repräsentiert die Partei nach außen und wie gesagt, ich wünsche mir, dass wir alle die gemeinsam auf dem Parteitag gefundenen Positionen geschlossen nach außen vertreten.

Grieß: Vielleicht hätten Sie dieser Gruppe um Sarah Wagenknecht – das sind ja ganz verschiedene Menschen – auch ein Stück Wind aus den Segeln nehmen können, indem zum Beispiel ihr Vertrauter, ihr Verbündeter Pellmann, der Bundestagsabgeordnete aus Leipzig, Vizeparteivorsitzender gewesen wäre. Sie sollen sich sehr dagegen gewehrt haben. Warum?

Schirdewan: Das stimmt nicht. Ich habe mich nicht dagegen gewehrt; ich habe mit Sören Pellmann einen fairen innerparteilichen Wettbewerb ausgetragen und wir sind uns eigentlich beide einig, dass wir jetzt auch solidarisch miteinander weiterarbeiten werden, und ich denke, dass wir das auch in Zukunft tun werden.

Grieß: Sören Pellmann hat beim Parteitag selber gesagt, er ist so sauer über den Verlauf und die Ergebnisse, dass er zumindest sich jetzt mal überlegen will, ob er in der Partei bleibt.

Schirdewan: Sehen Sie, mir ist wichtig, dass wir tatsächlich die Brot- und Butter-Themen miteinander besprechen als Partei und die auch in der Öffentlichkeit deutlich werden lassen. Die Energiepreise gehen durch die Decke, die Leute wissen nicht mehr, wie sie ihre Stromrechnungen zahlen sollen, sie wissen nicht mehr, wie sie die Nahrungsmittel bezahlen sollen, ob ihre Kinder am Ende des Monats noch mit dem Butterbrot in die Schule geschickt werden können. Die Mieten gehen auch durch die Decke. Das sind die Themen, denen wir uns zuwenden müssen. Und ehrlich gesagt, für innerparteiliches Klein-Klein nach dem Parteitag, das interessiert mich im Moment herzlich wenig. Ich will, dass die Partei wieder stark in der Öffentlichkeit auch mit ihrem eigenen sozialpolitischen Profil erkennbar ist. Das ist der Job, vor dem wir alle stehen, vor dem steht auch Sören Pellmann, vor dem stehe ich und da weiß ich, dass wir gemeinsam an diesen Fragen arbeiten werden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.